

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Alberts Mission gescheitert.

Man sucht eine Bürgerblockregierung.

Reichsminister a. D. Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben zugestellt:

Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt, ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Hoffnung hat sich infolge der parteipolitischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.

Herr Albert hat den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt, weil er die parteipolitischen Schwierigkeiten, die sich seinem Versuch entgegenstellten, nicht überwinden konnte.

Der Reichspräsident, der mit den Fraktionsvertretern nicht verhandeln konnte, solange Albert mit seinem Auftrag beschäftigt war, hat jetzt wieder die Vertreter der bürgerlichen Parteien zu sich gebeten. Die Sache steht jetzt augenscheinlich so, daß nur noch eine Bürgerblock-Regierung gebildet werden kann, wenn überhaupt etwas zustande kommen soll.

Wie eine Bürgerblock-Regierung aussehen soll, weiß zur Stunde allerdings noch niemand. Im Augenblick ist Herr Jarres der vorderste Mann im Rennen, aber ob es ihm gelingen wird, eine Mehrheit zu gewinnen, ist noch eine offene Frage. Herr Jarres ist der Repräsentant jener Politik der „vorübergehenden“ Preisgabe von Ruhr und Rhein und des Bruchs mit Frankreich, die von der Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft wird, aber auch im Zentrum und bei den Demokraten lebhafteste Gegnerlichkeit findet. Das einzige, was nunmehr seines Erfolges spricht, ist der Umstand, daß die bürgerlichen Parteien, indem sie das Zustandekommen der Regierung Albert verhindern, mit ihrer Ehre engagiert sind, so rasch wie möglich eine Regierung zustande zu bringen.

Wie immer aber die Regierung des Bürgerblocks aussehen und wer immer an ihrer Spitze stehen wird, so ist doch die Stellung der Sozialdemokratie zu ihr von vornherein gegeben. Die Sozialdemokratie, die nach wie vor jede Politik der Gemäßtätigkeit bekämpft, wird gegen eine Regierung der bürgerlichen Reaktion die Geister mobilisieren. Die Zerfurchung der bürgerlichen Parteien wird dann nicht mehr aufzuhalten sein. Und so steht im Hintergrund der neuesten Ereignisse, die viel neues Unheil über das arbeitende Volk bringen werden, auch wieder eine Hoffnung, nämlich die Hoffnung auf eine regierungsfähige, von der Mehrheit des Volkes gestützte deutsche Arbeiterpartei.

Die bürgerliche Presse hatte gegen Herrn Albert die Tatsache ausgeschloffen, daß er als Beamter der deutschen Botschaft in Amerika im Jahre 1917 eine Affäre verloren hatte, aus deren Inhalt hervorging, daß die deutsche Regierung in den amerikanischen Munitionsfabriken Streiks anstiftete. Man schob dann in Amerika auch die Schuld an verschiedenen Explosionen, die sich in diesen Fabriken ereigneten, der deutschen Propaganda zu. Es war gewiß sehr unangenehm, daß Albert, der damals nur ein ziemlich untergeordneter Beamter war und die ihm erteilten Aufträge sicher nicht billigte, in dem Mittelpunkt dieses Skandals gestanden hätte, und der Reichspräsident hätte wahrscheinlich deshalb von seiner Beauftragung Abstand genommen, wenn ihm eine größere Zahl parteilich nicht gebundener Beamten zur Verfügung gestanden hätte, die sich so wie Albert als Diener der Republik bewährt hätten.

Jetzt ist es die französische Presse, die im Kampf gegen Albert und für Jarres ein Symptom dafür erblickt, daß Schwerindustrie und Großgrundbesitzer jede verfassungsmäßige Lösung der Regierungskrise und jedes auf Erhaltung des Weltfriedens bedacht Regiment in Deutschland verhindern wollen. Es bleibt noch sehr die Frage, ob eine Regierung Jarres in der Welt draußen eine bessere Aufnahme finden würde als eine Regierung Albert.

Der Bürgerblock marschiert.

Noch sind nicht alle Einzelheiten der parlamentarischen Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien am gestrigen Tage restlos aufgeklärt. Es zeigt sich aber bereits in der heutigen Morgenpresse, daß die Bestrebungen auf Bildung eines Bürgerblocks offenbar weitere Fortschritte gemacht haben. Es scheint, daß die Deutschnationalen den von uns zitierten Forderungen des Zentrums — Anerkennung des Versailler Vertrages, Aufrechterhaltung der preussischen Koalitionsregierung — bedeutend entgegengekommen sind, denn während die „Deutsche Zeitung“ heute früh noch davon festhält, daß „unter solchen Bedingungen ein Zusammenarbeiten zwischen Deutschnationalen und Zentrum ausgeschlossen sei“, versichert der „Tag“:

„Bedingungen, die das Zentrum für die Teilnahme an einer Regierung, der auch die Deutschnationalen angehören, gestellt hatte, sind im wesentlichen durch Verhandlungen mit den Deutschnationalen ausgeglichen. Man hat feststellen können, daß die deutschnationale Fraktion nicht an eine sofortige Ablösung des Vertrages von Versailles denkt und daß auch zunächst die Forderungen der Deutschnationalen nach Aufhebung der Großen Koalition in Preußen info-

fern aus den Verhandlungen ausgeschaltet werden können, als diese Frage Angelegenheit der preussischen Fraktionen ist und erst nach der Bildung einer festen bürgerlichen Regierung im Reich ernsthaft erörtert werden kann.“

Der „Lokal-Anzeiger“, der zur Abwechslung sehr parlamentarisch gestimmt ist, berechnet auf Grund der Stimmverhältnisse, daß ein solches bürgerliches Kabinett unter dem Kandidaten der Rechtsparteien, Dr. Jarres als Reichsfinanzler, bei neutraler Haltung der Demokraten ein verfassungsmäßiges Kabinett sein würde:

„Ist diese Kennzeichnung der Strömungen im Deutschen Reichstoge richtig — und wir haben allen Grund, sie dafür zu halten —, dann zeichnet sich mit aller Deutlichkeit die Möglichkeit ab, auf verfassungsmäßigem und parlamentarischem Wege zu einem Kabinett zu kommen, das gegenüber allen früheren seit dem Prinzen Reg von Baden tatsächlich etwas Neues darstellt, das auf Vertrauen im Lande rechnen dürfte und das der Entwicklung, die sich im deutschen Volke vollzogen hat, gerecht würde.“

Er beschwört den Reichspräsidenten Ebert, der im übrigen von der ganzen Reichspresse in der schärfsten Weise angegriffen wird, der Bildung eines solchen verfassungsmäßigen Kabinetts keine Schwierigkeiten zu machen. Er glaubt, über die Haltung des Reichspräsidenten versichern zu können:

„Freilich rechnet man damit, daß dem Reichspräsidenten der Gedanke an eine Kraftprobe zwischen Reichstag und ihm völlig fernliegt. Sollte sich, wofür viele Wahrscheinlichkeit spricht, aus den heutigen Besprechungen unter den Parteien die Tatsache herausstellen, daß auf verfassungsmäßigem Wege ein arbeitsfähiges Kabinett ohne weiteres gebildet werden kann, so zweifelt man nicht daran, daß Herr Ebert von keinem Irrtum zurückkommen wird. Man glaubt, daß er im Grunde ein viel zu guter Demokrat sei, um sich Grundfragen verschließen zu können, die verfassungsmäßig gegeben sind und die auszuschalten, wie die Dinge zeigen, keinerlei Staatsnotwendigkeit gebietet. Wenn, wie es heißt, Reichspräsident Ebert heute den Empfang von Dr. Schulz und Marx, den er gestern abgelehnt hat, doch noch vornehmen sollte, so würde man darin wohl ein erstes Zeichen dafür zu begrüßen haben, daß sich der Reichspräsident aus der unhaltbaren Stellung, in die er sich hat hineinmanövrieren lassen, wieder herausfindet.“

Welchen Zwecken der Bürgerblock dienen soll, bedarf kaum einer näheren Auseinandersetzung. Es scheint, als ob die (etwa absichtlich ausgetretenen?) Meldungen über die beabsichtigte Aufhebung des Belagerungszustandes den reaktionären Parteien besonders unangenehm gewesen sind. Jedenfalls geht aus den Äußerungen der Reichspresse klar hervor, daß sie den Bürgerblock mit der Bewerigung des Ausnahmezustandes für identisch halten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beginnt nach langem Schweigen und vorsichtiger Referenz die Sprache wieder zu gewinnen. Sie weiß sehr genau festzustellen, was „die Nation will“, und sie betont deshalb:

„Die Nation will überhaupt keine Sozialdemokraten mehr, ob gemäßigte, ob radikale, ob verdiente, ob verdienstlos. Die Nation will endlich mal eine sozialistische Regierung haben, die möglichst alle bürgerlichen Parteien umfacht. Sie will zunächst auf längere Zeit nicht gesellschaftliche Theorien treiben und weder von Sozialismus noch von Sozialisierung hören. Sie will die dumme Frage beantwortet haben: Wie schafft ich Arbeit und Brot?“

Wenn also der Bürgerblock in der Lage ist, Brot und Arbeit zu schaffen, dann heraus mit dem Flederwisch; dann zeige er uns endlich sein Rezept, dann entwickle er sein Programm, mit dem er innen- und außenpolitisch uns Brot und Arbeit verschaffen will. Wir werden wahrscheinlich nicht die einzigen sein, die der politischen Weisheit des kommenden Bürgerblocks gegenüber uns skeptisch verhalten. Mit den Methoden: „Bürgertum gegen Arbeiterschaft“ hat man unter ganz anders gearteten Verhältnissen vor dem

Dollar amtlich weiter unverändert.

Die Kabinettskrise, die noch immer ungeklärt ist, erweckt im Ausland eine äußerst ungünstige Stimmung für die Mark. Nachdem man in New York die Notierung der deutschen Saluta auf einen Tag ausgelehrt hatte, wurde gestern ein Kurs gemeldet, der einer hiesigen Parität von 8,3 Billionen für den Dollar entspricht. In London wurde die Mark unverändert notiert, doch ist zu beachten, daß zu diesem Kurse keinerlei Umsatz stattfand. In Berliner Börsenkreisen rechnete man heute angesichts der Tatsache, daß die Goldpreise sich mehr und mehr erhöhen, mit einer Heraushebung der amtlichen Kurse. Die Reichsbank konnte sich jedoch nicht entschließen, den amtlichen Kurs dem der Auslandsbörsen anzunähern. Bei einprozentiger Zuteilung wurde der Dollar unverändert mit 4,2 Billionen festgesetzt. Goldanleihe blieb ebenfalls unverändert und keine Zuteilung. Dollarschätze gestrichen. Die Lage des Geldmarktes zeigte heute ein etwas steiferes Aussehen. Der Satz für täglich Geld zog von zirka 10 auf 15 Proz. an. Befürchtungen vor eventuellen inneren Unruhen veranlassen außerdem die Spekulation zur Zurückhaltung.

Kriege nicht regieren können, noch viel weniger wird es jetzt gelingen. Die „marxistenreine“ Politik des Bürgerblocks wird sich denselben zweifellos noch bedeutend vergrößerten Schwierigkeiten gegenübersehen wie die bisherigen Koalitionsregierungen. Ihre Methoden zur Überwindung der Schwierigkeiten werden ganz im Gegenteil über kurz oder lang zu alten nur neue aufstürmen.

Alles schaut zunächst ängstlich nach den Demokraten aus, auf deren Haltung ja alles ankommen wird. Im Reichstag verfügen die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum einschließlich der kleineren Gruppen über 230 Mandate (eingerechnet 3 Deutschvölkische), die Linke über 190 Mandate, in der Mitte stehen die Demokraten mit 39 Mandaten. Die Stellung, die die Demokraten gegenüber diesen Versuchen auf Bildung eines Bürgerblocks einnehmen wollen, umschreibt das „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen:

„Danach kommt alles auf die Haltung der Demokraten an, die das Zünglein an der Waage bilden. Treten sie in eine prinzipielle Opposition zu dem sogenannten Bürgerblock, so ist er lebensunfähig, da die Sozialdemokraten und Kommunisten selbstverständlich gegen ihn sind. Daher wurden noch am gestrigen Tage Besprechungen mit Vertretern der demokratischen Partei gepflogen. Am liebsten hätte man sie mit in die Kombination einbezogen. Davon kann wohl keine Rede sein, wenn vielleicht auch dieser oder jener demokratische Abgeordnete dahingehenden Einflüsterungen nicht ganz unzugänglich ist. Unseres Erachtens können sie höchstens durch eine neutrale Stellungnahme die Kabinettsbildung der rechts von ihnen stehenden Parteien ermöglichen, um zunächst einmal über den toten Punkt hinwegzukommen und ein Kabinett zu ermöglichen. Leicht dürfte ihnen auch dieser Entschluß nicht werden. Aber er wird von staatspolitischen Notwendigkeiten diktiert, von vaterländischen Erwägungen, die die demokratische Partei stets über das reine Parteiinteresse gestellt hat. Sie hätte also bei der Vertauensfrage sich der Abstimmung zu enthalten und erst dann in die Opposition zu rücken, wenn die Politik des Bürgerblocks eine Richtung annimmt, die außenpolitisch zur Katastrophe und innenpolitisch zu einem Klassenkampf gegen die Arbeiter- und Angestelltenchaft zu werden droht. Eine solche abwartende und abwägende demokratische Politik würde auch die Heilsporne des Bürgerblocks, die vor allem in den Reihen der Deutschnationalen zu suchen sind, immer wieder darüber belehren, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Eine solche Politik hoher Verantwortlichkeit vor dem Vaterlande und vor der Partei setzt eine nicht allfällige Charakterstärke voraus. Wir hoffen, daß die Demokratische Partei, die in den letzten Monaten der verschiedenen parlamentarischen Krisen so klug und geschickt operiert hat, sie auch dann nicht vermissen lassen wird.“

So einfach, wie sich im übrigen die Dinge in den Spalten der Presse darstellen, vollziehen sie sich in Wirklichkeit nicht. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien jetzt geneigt sind, mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache zu machen, so dürfte dabei ein sehr wesentliches Motiv die Überlegung sein, daß man die Deutschnationalen mit zur Regierungsverantwortung heranziehen will, um nachher vor den Wählermassen sagen zu können, daß auch die Deutschnationalen keine andere Politik betreiben können, als die anderen bürgerlichen Parteien. Die Rechte hat demgegenüber schon ihren Schachzug bereit. Sie läßt andeuten, daß sie in dem neuen Kabinett nur durch den Ernährungsminister vertreten sein will. Man will also die berufsgewerblichen (daher der Kampf gegen den Marxismus!) Interessen der Landwirtschaft speziell wahrnehmen, im übrigen sich eine Stellung reservieren, bei der man sich jederzeit in die bequeme Oppositionsstellung zurückmanövrieren kann. Nur durch diese wahltaktischen Schwierigkeiten der Mittelparteien ist das vollkommene Durcheinander in der bürgerlichen Politik zu verstehen. Derselbe Dr. Jarres, der jetzt als präsumptivster Reichsfinanzler gilt und dessen Richtberufung als ein Staatsverbrechen Eberts hingestellt wird, sollte vor der Berufung Alberts vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt aber ganz mit Recht fest:

„Damals aber schickte seine Berufung an dem Widerstand des Zentrums. Es scheint jedoch nunmehr, daß das Zentrum auf Grund der inzwischen vor sich gegangenen Besprechungen zwischen den einzelnen Fraktionen sich einer Kandidatur Jarres gegenüber nicht mehr so ablehnend verhält wie früher.“

Raum war Albert berufen, da wird derselbe Jarres, dessen Kandidatur eben erst an dem Widerspruch der Fraktionen gescheitert war, von denselben Fraktionen jetzt aufgestellt. Deutschlicher kann der Wirrwarr, das Hin und Her in der bürgerlichen Mitte nicht gekennzeichnet werden. Das Bürgertum kann und will sich in Deutschland offenbar zu einer konsequenten dauernden und wirklich zuverlässigen republikanischen und demokratischen Politik weder nach innen noch nach außen bekennen. Es braucht sich nicht wundern, wenn das Mißtrauen gegen diese zwischen Reaktion und Demokratie hin und her schwankende Politik immer stärker wird. Das Bürgertum hat jetzt das Wort. Es ist aller Fesseln ledig, die bisher angeblich die Entfaltung seiner politischen Kräfte gehindert haben soll. Das

Volk wird bald genug sehen, was diese Politik des Bürgerblocks zu leisten vermag. Wir schähen, die „Nation“ wird nicht auf der Seite des Herrn Stinnes und seines Leiborgans, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, sein.

Suche nach dem Bürgerkanzler.

Bei Redaktionschluss erfahren wir: Die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien wurden heute früh sofort wieder aufgenommen. Die deutschnationale Fraktion trat um 11 Uhr zusammen, unterbrach aber nach kurzer Erörterung der Lage ihre Sitzung, um die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Von dieser Partei wird an dem Kandidaten Jarres festgehalten, während von anderer Seite wieder versucht wird, das Zentrum zur Benennung eines Kandidaten zu veranlassen. Da der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Marx, für seine Person schon in einem früheren Stadium abgelehnt hat, kommt vielleicht Herr Stegerwald in Betracht. Die Zentrumsfraktion trat um 12 Uhr zusammen, Herr Marx verließ die Sitzung, um sich zum Reichspräsidenten zu begeben. Für den Reichsfinanzministerposten wird auch der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht-Damberg, genannt, der den Streit mit Bayern schlichten soll.

Sozialdemokratie und Koalitionspolitik.

In verschiedenen Morgenblättern wird es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratische Partei eine grundsätzliche Schwertung vollzogen hätte und jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnt. Diese Darstellung ist falsch und kann nur den Zweck haben, die Rechtschwertung der Mitte in den Augen ihrer Parteianhänger zu entschuldigen. Die Sozialdemokratische Partei hat alles getan, um auf dem Boden des parlamentarischen Systems eine stabile republikanische Regierung zu schaffen, und hat für dieses Ziel die allerhöchsten Opfer gebracht. Wenn in diesem Augenblick in der Sozialdemokratischen Partei der Glaube an die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit nicht vorhanden ist, so ist das auf die Erfahrungen zurückzuführen, die sie in der letzten Zeit mit den Parteien der bürgerlichen Mitte gemacht hat.

Um nur ein Beispiel hervorzuheben: In der letzten Reichstagsitzung haben die Parteien der Mitte gegen die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gestimmt, die bekanntlich nicht nur von der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch von den Landesregierungen einmütig gefordert worden ist. Daß die Vertreter der Sozialdemokratie bei ihrer Befragung durch den Reichspräsidenten erklären mußten, sie lähen zurzeit die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens nicht, war nur eine Folge der von den bürgerlichen Parteien geschaffenen Tatsache, außerdem haben die bürgerlichen Parteien von der anderen Seite her dasselbe erklärt.

Die Möglichkeit einer Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie ist nur deshalb nicht gegeben, weil die bürgerlichen Parteien nicht wollen, was die Voraussetzung einer solchen Politik ist, nämlich ein republikanisches, der nackten Kapitalherrschaft widerstrebendes sozial fortschrittliches Regime.

Hymne zum Bürgerblock.

Die Stunde des Bürgerblocks ist gekommen. Die dauernden Vorstöße des rechten Flügels der Volkspartei zuerst gegen die Sozialdemokratie, dann gegen Stresemann, scheinen zum Ziele zu führen. Das Stinnes-Blatt beherrscht die Situation und spricht „im Namen der deutschen Nation“.

„Die Nation will keine Sozialisten mehr.“ „Die Nation will nichts mehr von der Froschperspektive des Parlamentarismus wissen.“ Die Parolen der Deutschnationalen in anderem Gewande gehen durch die Spalten der bürgerlichen Presse. Gestern noch glaubte die „Nationalliberale Korrespondenz“ sich über die Deutschnationalen, die Bundesgenossen von heute, lustig machen zu können. Sie versicherte, daß die deutschnationalen Stresemannstürzer vor den Trümmern stünden, ohne zu wissen, was sie wollten. Sie appellierte an die zahllosen Erklärungen der Deutschnationalen

aus der letzten Zeit, daß sie zur Regierungsbildung bereit seien. Sie schrieb:

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlichte am 28. Oktober 1923 eine Erklärung, in der es hieß:

„Das deutsche Volk verlangt, seine Geschicke neuen Männern anzuvertrauen, die unbelastet sind von Parteibohln und Parteidogmen. Sozialethische Pflicht beruht, die heute noch auf den Ministerstühlen sitzen, aber ist es, den Mut zum Rücktritt aufzubringen und solchen Männern — Namen sind oft genug bereits genannt worden — Raum zu geben, daß sie zielstrebend und mit fester Hand unserem gequälten Reich und Volk den Weg zur Einigkeit und Rettung weisen.“

Am 24. Oktober hielt Abg. Hertz in Neufahrn eine Rede, in dem er das Vorgehen Bayerns gegen das Reich begrüßte und ausführte:

„Ich rufe Stresemann zu: Deine Stunde ist gekommen! Wir wollen eine Regierung der Rechten, wir wollen, daß es zum Abbruch mit dem Feinde kommt, was es will.“

Am 8. November hielt der Abg. Schlange einen Vortrag in Charlottenburg, in dem er ausführte:

„Wir sind jeden Augenblick bereit, sobald das Volk uns ruft, die Regierung zu schaffen, Hand in Hand mit den großen Organisationen, die an unserer Seite stehen.“

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitete am 8. November die Behauptung:

„Der Abg. Hertz habe dem Reichskanzler das bereits seit längerer Zeit vollständig fertiggestellte Programm der Deutschnationalen Volkspartei für die Bildung einer neuen Regierung vorgelegt. Dieses Programm hat bereits das Einverständnis weitester Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung gefunden, so daß die neu zu bildende Regierung des Vertrauens mit Recht diesen Namen tragen würde.“

Zum Schluss geben wir noch eine Entschärfung wieder, die nach einem Vortrag des deutschnationalen Abgeordneten Bürgermeisters (!) Berndt in Schöneberg am 20. November gefaßt wurde. Sie lautet:

„Tausende deutscher Männer und Frauen in Schöneberg rufen aus öffentlicher Versammlung den nationalen Mitgliedern des Reichstages zu: Macht reinen Tisch! Fort mit der Regierung Stresemann! Heil der nationalen Regierung, die den Hungernden und Frierenden Brot und Kohlen schafft, dem deutschen Volke Freiheit und Ehre wiedergibt und mit eisernem Besen alles unehrliche Wesen in deutschen Lenden beseitigt!“

Heil uns, die Stunde der nationalen Regierung ist da. Im Zeichen des Bürgerblocks wird sie „den Hungernden und Frierenden Brot und Kohlen schaffen“. Und die Volkspartei wird mit von der Partie sein. Armes deutsches Volk!

Der General für den General.

Wozu der militärische „Ausnahmezustand“ gut ist.

Die in Schwerin erscheinende „Mecklenburgische Zeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift, die für die gegenwärtigen Zustände in Deutschland mehr als bezeichnend ist:

„Am 5. April wurde ein Beamter aus dem Rheinland ausgewiesen und im Mai beim hiesigen Finanzamt angestellt. Alle Bemühungen, eine Wohnung zu bekommen, waren ergebnislos. Da die Frau krank war und sich einer langen Behandlung im Krankenhaus unterziehen mußte, wurden die drei Kinder verteilt zu hilfsreichen Familien gegeben. Sie konnten bis heute noch nicht in die fürchterlich bereinigten Räume zurückgenommen werden, die die Familie inne hat. Diese kümmerliche Lebensweise wurde immer drückender, da die benötigten warmen Sachen in Westdeutschland zurückgelassen werden mußten.“

Endlich wird jetzt eine Wohnung frei. Das städtische Wohnungsamt beschloß, sie auf Grund der Besitze für die ausgewiesene Familie. Da kommt ein General a. D. von Stettin her, der gerne in die schöne Stadt Schwerin möchte, wo auch sein Schwiegerohn wohnt, und behauptet, die Wohnung gehöre der Militärbehörde, er ziehe ein. Er wurde sich die Einwilligung von höherer Instanz erwirken. Alle Vorbereitungen der Behörden, daß er rechtlich keinen Anspruch habe, bleiben wirkungslos. Nachdem die Wohnung verschlossen, läßt er sie aufbrechen und Soldaten sich zur Verfügung stellen, die Tag und Nacht

Wache halten müssen, damit die Gogepartei die zu erwartenden Möbel nicht hineinführen läßt.

Das städtische Wohnungsamt hat darauf gegen dieses Vorgehen Beschwerde beim Ministerium eingelegt. Es fanden dort Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Das Wehrkreiskommando Stettin verfügte inzwischen „auf Grund des Ausnahmezustandes“ die Beschlagnahme der Wohnung für den Stettiner General a. D. Die von den Franzosen vertriebene Familie wird also zum zweiten Male von Deutschen aus Heim und Wohnung vertrieben!

Die Tatsache, daß das Wehrkreiskommando in Stettin über den Kopf des Schweriner Wohnungsamtes hinweg eine Wohnung beschlagnahmte „auf Grund des Ausnahmezustandes“, ist angesichts der vielfachen Eingriffe, die die „Inhaber“ der vollziehenden Gewalt sich in die Zivilverwaltung erlauben, fast nicht mehr verwunderlich.

Die deutschnationale Presse stellt als Hauptaufgabe des Bürgerblocks die „Beseitigung des Ausnahmezustandes“ dar. Der Schweriner Fall gibt nicht nur den Ausgewiesenen eine schmerzliche Lehre; er zeigt auch, wohin eine Regierung des Ausnahmezustandes steuern könnte, wenn es nach dem Willen der Deutschnationalen ginge.

Neues aus Thüringen.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Weimar über neue seltsame Erscheinungen des Ausnahmezustandes gemeldet:

Das ganze gebildete Deutschland wird mit Staunen vernehmen, daß selbst Walter Grapius, der weithin bekannte und verdiente Leiter des Staatlichen Bauhauses zu Weimar, eine militärische Hausfuchung über sich ergehen lassen mußte. Wie hier bekannt wird, wurde die Hausfuchung am 23. d. M. durch das militärische Aufgebot eines Offiziersstellvertreters mit sechs Mann in der Privatwohnung von Direktor Grapius vorgenommen. Alle die Grapius näher kennen, wissen, daß er parteipolitischen Dingen absolut fern steht und überhaupt keiner Partei angehört. Er dient lediglich den künstlerischen und kulturellen Bestrebungen, als deren Vorkämpfer er seinen Beitrag erlangt hat. Das Vorkommnis wird dadurch peinlich illustriert, daß Grapius im Kriege vier Jahre als Frontoffizier, und zwar als Regimentsadjutant gedient hat und Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse und anderer Kriegsauszeichnungen ist.

Der Berichterstatter des „B. T.“ fügt dieser Meldung hinzu:

„Der Eindruck wird immer stärker, besonders in Weimar, als ob irgendwelche unverantwortlichen Kreise der Truppenleitung unbegründete Bezichtigungen zuteilen, teils in der Absicht, aus Gründen, die weithin liegen von dem Reichswehr geteilten Aufgaben, die Bezichtigten zu schädigen und bloßzustellen, teils aber auch, um dem Ansehen der Reichswehr selbst Abbruch zu tun. Der Fall Grapius legt die letztere Vermutung ganz besonders nahe. Doch auch durch eine Reihe anderer Fälle von Hausfuchungen und Verhaftungen, denen der Preis- und Personenkundige kopfschüttelnd gegenübersteht, wird immer mehr die Auffassung befestigt, daß der Reichswehr Bezichtigungen zuzugehen scheinen, mit denen man nicht nur die betroffenen Personen, sondern auch der Truppe selbst und ihrem öffentlichen Ansehen in empfindlicher Weise Abbruch tun will. Eine auffallende Geschäftigkeit ist in den letzten Tagen in bestimmten rechtsorbitalen Kreisen Weimars beobachtet worden. Man strebt von dort offensichtlich danach, sich mit Rückschlüssen an die Reichswehr heranzudrängen, wobei diese freiwilligen Berater kaum die Absicht haben dürften, dem Allgemeinwohl zu dienen oder gar den nicht ganz besundenen Reichswehrteilen die für sie besonders schwere Aufgabe auch wirklich zu erleichtern.“

Das Polizeipräsidium teilt mit, daß die illegal tätige Berliner Bezirksleitung der aufgeweckten Kommunistischen Partei heute nachmittag in Berlin Straßendemonstrationen veranstalten will, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Schutzpolizei weitergetrieben werden sollen. Die Schutzpolizei ist angewiesen, jedem Versuch zur Störung der öffentlichen Ordnung sofort mit den stärksten Mitteln entgegenzutreten. Außerdem ist die Festnahme der in verschiedenen Betrieben und bei den Erwerbslosen für die verbotene Demonstration aufgetretenen Agitatoren eingeschärft.

„Der Ketter“.

Eine Ironie der Weltgeschichte.

Von Hans Besemann.

Durch die Berliner Presse ging neulich eine Notiz über einen gewissen Chaim Ringel aus der Schönhauser Straße, der mit allen Hofen und Desires gleichermäßen erfolgreich handelte, bis eine verständnislose Kriminalpolizei ihm das Geschäft störte und dabei Desires im Werte von 10 000 Dollar eroberte — eine ganz ansehnliche Summe, wenn man sie etwa als Vergleich neben die 100 Sowjetrubel und 5 Burghuder Goldmark stellt, die unter unermüdlicher Desireskommission mit dem Aufgebot seiner Heeresmacht kürzlich beschlagnahmt. . . .

Befragt Chaim Ringel dürfte damit seine Berliner Gastrolle ausgespielt haben, man wird ihn erfens einsperren, und zweitens ausweisen und als flüchtiger Rest seines Erdendallens bleiben ein Vermerk in den Polizeilisten und eine verkorkte Notiz in der wackleren „Deutschen Zeitung“ über den zerschenden jüdischen Geist usw.

Wie aber wäre das, wenn wir einen Finanzminister mit genialen Intuitionen hätten — dem könnte so bei der zufälligen Lesüre dieser kleinen Notiz plötzlich der Gedanke kommen, dieses Genie in der Westentasche, diesen Finanznapoleon vom Scheunenviertel, eben diesen Chaim Ringel zu heil- und segensreicher Mitwirkung für die Finanzoperationen unserer hohen Obrigkeit heranzuziehen — ungefähr unter diesen Bedingungen:

Chaim Ringel, dem man natürlich vorher irgendeinen National anhängen müßte, bekäme den Auftrag, für das Reich Desires, Gold und ähnliche schöne Dinge zum Weltmarktpreis mit einem lächeligen Zuschlag anzukaufen. Die Güterzüge voll schön gedrucktem Papiergeld, die die Reichsbank bislang noch als Kredite der Schwerindustrie herbeizog, würden sich für diesen Zweck eignen. Und Chaim Ringel würde das in ihn gesetzte Vertrauen bestimmt rechtfertigen; aus allen Ecken und Enden der Welt würde er das verstellte Gold herbeizubringen und uns damit alle einer neuen herrlichen wertbeständigen Zeit entgegenzuführen. Die Folgen wären unabsehbar; Herr Stinnes würde junger Mann bei Ringel werden, weil ihm niemand mehr für seine Geschäfte das nötige Papiergeld unsonst leihen würde; die arbeitende Bevölkerung bekäme vom Vater Staat richtiges Geld und unsere lieben Bayern würden sie kühnlich ansetzen, ihnen doch ihre Kartoffeln und Schweine für ein paar dieser schönen Goldpfennige abzunehmen.

Selbst Herr Poincaré müßte sich zufriedengeben, wenn er von Chaim Ringel bez. ausbezahlt würde, und nur unsere guten Nationalpatrioten würden sich darüber ärgern.

Für alle diese unsterblichen Verdienste aber würde Chaim Ringel von seinen dankbaren Volke gefeiert werden, man würde ihm einen Platz in der Stegallee einräumen, und Rudolf Herzog würde auf ihn eine neue Hymne: „Hail dir im Ringeltranz“ dichten, die bald der populärste Schinnig sein würde. Zum Schluß seines glorreichen Lebens aber würde ihn ein deutscher Heidenjüngling erschleßen und durch diese schöne Tat seine unfreiwillige teutonische Hochachtung von Chaim's Genius offenbaren.

Da, Chaim Ringel, so könntest du Weltgeschichte machen — aber da wir leider in Deutschland leben, mußt du das schon anderen überlassen und dich wieder auf die alten Hofen legen. Schade, emig schade um dich.

Goldoni: „Das Caféhaus.“

Für die Welt der Künstler und Literaten ist das Caféhaus, das für sie einst eine besondere Bedeutung hatte, längst eine historische Reminiszenz geworden. Des Venezianers Goldoni's Caféhaus-Komödie, die man jetzt im Deutschen Theater ausgegraben hat, fröhlich die Erinnerung daran auf, was dieses soziale Institut in seinen Anfängen gewesen ist.

Es war 1750 oder 51. Goldoni war nach mannigfachen Berufen in anderen italienischen Städten in seine Heimat Venedig zurückgekehrt; immer noch gehörte trotz schlechter Erfahrungen seine Liebe dem Theater. Er war gerade bestallter Hausdichter oder Stücklieferant einer beliebten Truppe und übernahm es, in ein bis zwei Jahren ein Duzend neuer Lustspiele zu liefern. Er hielt sein Wort, und das „Caféhaus“ war darunter. Die Komödie kommt uns heute, wenn wir ihr auch à conto Lessings und Goethes, die beide den Italiener liebten, ein gewisses Relief zugesessen, ziemlich harmlos, etwas moralisierend und wesentlich interessant nur als Mittelstück war. Aber 1750 war sie mehr. Goldoni hat im Anschluß an die Franzosen, besonders an Voltaire, in Italien das regelrechte, bürgerliche Drama eingebürgert und die Stegreifkomödie dadurch verdrängt.

Da er kein Bedant wie Gotthold in Deutschland war, sondern ein munterer, gut beobachtender und aus dem Volksleben schöpfer Mann der Bühnenprosa, so ist seine Reform nicht nur historische Notwendigkeit, sondern erfrischend, schöpferisch und erhellend. Und wenn sich der Zuschauer von heute ein wenig historisch einstellt und seinen Blick des „Caféhauses“ zu einer Vor- und Rückschau ausweitet, kann er allerdings nette Beobachtungen machen. Die stehenden erstarreten Masken der alten Komödie sind bei Goldoni verschwunden, aber sind seine Charaktere nicht auch noch wesentlich Typen und keine individuellen Gestaltungen? Dieser leichtsinnige, herzensgute junge Chemant (Eugenio) oder der dramatischerer, aber vor seiner Ehefrau sich ins Hausloch verziehende Deander und vor allem der schwächerische und alles vergebende Don Marzio, in dem Goldoni die Schattenseiten des Caféhauses verkörpert und zugleich den alten Intriganten fortsetzt? Ganz modern muet uns dagegen die ganze Milieumalerei und die Herdortkehrung mancher individueller Züge an. Und sind

mir nicht mitten in der naturalistischen Literaturrevolution von ehemals, wenn das Caféhaus, die Umwelt, der wahre Heiß und Inhalt des Stückes ist?

Es war von Hermann Krehan ein recht charakteristisches Gedränge geschrieben: im Rahmen einer albanesischen Bühne. Unter Fritz Weddhausens Regie spielte sich das Stückchen mit solcher Beherrschung ab, daß man über alle Klippen und Bedenken hinweg war, ehe man sie merkte. Goldoni hat für die Bühne und nicht für die Literatur gearbeitet. Wenn man die Erinnerung an seine venezianischen Dialektkomödien, gepfeilt von italienischen Komödianten, immer noch den ersten der Welt auf diesem Gebiete, in sich lebendig bewahrt, dann ahnt man, welche Potenz er einmal war. Die Darsteller des Deutschen Theaters waren daher im rechten Zug, wenn sie die von Otto Hoff bearbeitete Komödie so komödiantisch wie möglich spielten. Max Gülstorff (Don Marzio), Fritz Dagghofer (der wackere Caselio), Walter Brand (Deander), Hans Drausewitzer (Eugenio) und die Damen Erka v. Thellmann wie Ritty Schexbach verdienen alles Lob.

Man sollte noch ein venezianisches Stückchen hinzusetzen, um den Abend zu füllen. Und wie wäre es, wenn das Schauspieltheater einmal die alte Stegreifkomödie mit neuem Leben erfüllte? R. S. Döschel.

Das ungelieferte Christonia. Im Jahre 1825 wird Christiania, die Hauptstadt Norwegens, den alten Namen Oslo wieder annehmen. Oslo, das um 1050 gegründet und früh Sitz eines Bischofs wurde, war seit 1387 die eigentliche Hauptstadt Norwegens, ohne indessen zu großer Bedeutung zu gelangen, da die Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht lange von der deutschen Hanse beherrscht wurde. Erst seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts begann sich auch der Handel der Bürger von Oslo etwas zu heben, doch wirkte dem Aufblühen des Wohlstandes die verheerende Feuersbrunst entgegen, die 1624 die alte Stadt völlig vernichtete. König Christian IV. gründete infolge dessen auf der anderen Seite des Fjords das nach ihm benannte Christiania, das sich 1716 auch kurze Zeit in den Händen Karls XII. befand. Die Norweger legen Wert darauf, der Stadt ihren alten Namen wiederzugeben, um auch die letzte Spur der dänischen Herrschaft zu vernichten.

Glückliches Land, das keine anderen Sorgen hat!

Die Vereinigung des Schauspieltheaters mit dem Deutschen Theater findet im Laufe dieser Woche statt. Das Schauspieltheater mit Heinrich George, Alexander Granach, Elisabeth Segner, Ernst Deutsch, Karl Essinger und den übrigen Mitgliedern scheidet damit endgültig in das Deutsche Theater und die Kammertheater über, wo die bisherigen Mitglieder dieser Bühnen mit ihnen vereinigt werden. Der ständige Gesamtschauspiel der ehemaligen Reichsbühnen in dieser Gestalt wird auf alleinige Rechnung des Schauspieltheaters und mit dessen Mitteln geführt.

Im Festung-Theater geht in Abänderung des Spielplans G. Hauptmanns Schauspiel „Nicht als Romaner“ auch am Sonnabend in Szene.

Hauptmanns „Friedensfuß“ wird Mittwoch, nachmittags 7 1/2 Uhr, im neuen Theater am Zoo in dem von der Schaubühne neu angekauften Gerhart-Hauptmann-Theater einmalig gegeben. Die Regie führt Georg Goldberg.

Warum so schweigsam?

Wir hatten in der Sonntagsausgabe an das Reichsfinanzministerium die Frage gerichtet, ob es richtig sei, daß das Reichsfinanzministerium die Absicht habe, die der Staatsfinanzierungs-Gesellschaft und der Reichsfinanzierungs-Gesellschaft gemachten Kredite in Höhe von rund 140 Trillionen Papiermark zu schenken. Es ist bezeichnend, daß die gesamte bürgerliche Presse diese unsere Anfrage tolgesehen hat. Wir glauben Anlaß zu der Vermutung zu haben, daß das im Zusammenhang steht mit dem Schweigen des Reichsfinanzministeriums, denn obwohl wir keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die öffentliche Klarstellung der Absicht des Reichsfinanzministeriums zu der von den Interessenten betriebenen Streichung der Trillionenbeträge dringend notwendig ist, hat das Reichsfinanzministerium es nicht für erforderlich gehalten, deswegen die ungeheuer beunruhigte Öffentlichkeit zu unterrichten.

Sollte unser erneuter Versuch, das Reichsfinanzministerium zum Reden zu veranlassen, auch diesmal ohne Erfolg sein, so wird man an anderer Stelle ausführlicher über diese Dinge sprechen müssen.

Kahr und die Pressefesselung.

Das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Bayern ist, wie wir aus München erfahren, von Kahr nicht ganz freiwillig zurückgenommen worden. Von verschiedener Seite wurde ein sehr starker Druck ausgeübt. Auch Ministerpräsident von Knilling machte seinen Einfluß geltend. Daß aber der Generalstaatskommissar die sozialdemokratische Presse, soweit es in seinen Kräften steht, auch weiter zu fesseln versuchen wird, zeigen die Verhandlungen, die der Verlag der „Münchener Post“ in der letzten Woche mit dem Generalstaatskommissariat geführt hat. Die von der „Münchener Post“ verlangten Garantien ergeben sich aus folgendem Schreiben der Münchener Polizeidirektion an den Verlag:

I. Die „Münchener Post“ darf das erste Mal am 27. November wieder erscheinen unter folgenden Bedingungen: 1. Sie darf keinerlei Veröffentlichungen bringen, die geeignet sind, die Bevölkerung aufzuheizen; 2. als Sicherheit für die Einhaltung der unter I. genannten Bedingungen hat der Verlag der „Münchener Post“ die Summe von 500 Reichsmark in wertbeständigen Geld bis längstens 27. November vorm. 11 Uhr bei Stellung VI der Polizeidirektion München zu hinterlegen. Diese Sicherheit kann von der Polizeidirektion München ganz oder teilweise als dem Staat vorzuleistend erklärt werden, wenn die unter I. genannte Bedingung nicht eingehalten wird.

II. Die Bezugnis, eine Zeitung oder Zeitschrift auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zu verbieten, wird dadurch nicht berührt, daß wegen der Veröffentlichung bereits eine Verurteilung ausgesprochen worden ist.

III. Der Verlag der „Münchener Post“ ist verpflichtet, bis auf weiteres jeweils zwei Stunden vor Beginn der Verbreitung ein Exemplar der „Münchener Post“ der Polizeidirektion München vorzulegen.

gez. Mantel.

Ob unter diesen Garantien das Erscheinen der „Münchener Post“ möglich ist, steht im Augenblick noch nicht fest. Abgesehen davon, daß die Erfüllung der rein materiellen Seite dieser Forderung den Verlag vor ganz außerordentliche Schwierigkeiten stellt, muß man doch fragen, ob es vom grundsätzlichen Standpunkt einer Zeitung aus möglich ist, sich derart entwürdigenden Bedingungen zu unterwerfen. Die beruflichen Organisationen der Münchener Zeitungsverleger und der Journalisten (Landesverband der bayerischen Presse) hat sich am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorgesetzten des Generalstaatskommissars befaßt, das für die gesamte deutsche Presse eine empörende Beleidigung gleichkommt.

Internationale Solidarität.

Schweizerische Hilfsaktion für die deutsche Arbeiterschaft.

In Olten fand, wie das Züricher „Volkrecht“ meldet, eine Konferenz zur Besprechung einer Hilfsaktion für die deutsche Arbeiterschaft statt, an der das Bundeskomitee, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei der Schweiz vertreten waren. Zu Händen der Organisationen wurde beschlossen, die Hilfsaktion sei zu teilen in eine solche für die Aufrechterhaltung der deutschen Gewerkschaften und in eine solche für die hungernde deutsche Arbeiterbevölkerung. Die Hilfsaktion für die deutschen Gewerkschaften soll Sache des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaftsverbände bleiben, die hierfür Mittel beschaffen sollen aus ihren Zentralstellen, aus den Sektionsstellen und eventuell durch die Erhebung von freiwilligen und Extrabeiträgen von den Mitgliedern. Die Hilfsaktion für die hungernde deutsche Arbeiterbevölkerung soll vom Gewerkschaftsbund, der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei gemeinsam durchgeführt werden. Es soll dies in Form einer öffentlichen Sammlung von Geld und Lebensmitteln, eventuell Kleidern, geschehen.

Wie schon berichtet, hat der Finanzaustausch des dänischen Reichstags zugestimmt, daß das Dänische Hauptkomitee für Hilfeleistung in den vom Kriege heimgekehrten Ländern ebenso wie im Vorjahre einen staatlichen Zuschuß von 35 000 Kronen erhält. Dieses Hauptkomitee hat im letzten Jahre 81 130 Kronen für Kinderpflege in Deutschland ausgegeben. Die Aufwendungen des Komitees für Unterführung von deutschen Kindern nach Dänemark zum Erholungsurlaub betragen 12 400 Kronen.

Im deutschsprachigen Ausland sind überall Hilfsaktionen im Gang, aber auch weit darüber hinaus bei den Neutralen, in Ungarn usw. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie gibt Sammelbroschüren mit der Aufschrift „5000 Kronen für ein Brot“ aus. Die Gewerkschaften in Deutschösterreich sammeln für die reichsdeutschen Verbände. Daselbst geschieht in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei.

Polnische Note an Deutschland.

Gewerkschaften sollen Unterstützung erhalten.

Warschau, 27. November. (O.E.) Der polnische Gesandte in Berlin hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, in welcher die Gewährung von Unterstützungen an die arbeitslosen polnischen Staatsangehörigen in Deutschland gefordert wird. Die Note läßt sich auf den Verfall der Artikel 427 und auf das polnische Gesetz vom 6. Juli d. J., welches die für die polnischen Arbeiter geltenden Gesetze auch auf die Arbeiter fremder Nationalität ausdehnt.

Die „Dresdener Volkszeitung“, unser vom Reichsstaatskommando auf zehn Tage verbotenes Parteiblatt, ist mit Wirkung vom 26. November wieder freigegeben.

Die wertbeständigen Postgebühren ab 1. Dezember.

Die Gebühren im Post- und Postfachverkehr werden, wie bekannt, zum 1. Dezember auf wertbeständige Grundlage in Rentenmark gestellt, gleichzeitig gelangen wertbeständige Freimarken zur Ausgabe, bei denen die aufgedruckte Zahl den Wert in Rentenmark darstellt. Bei der zunächst noch unvollständigen Bezahlung der Gebühren und der Freimarken mit Papiermark werden die Rentenmark (Grundbeträge mit einem Umrechnungsfaktor vervielfacht, der sich hierbei ergebende Betrag wird nötigenfalls auf volle Milliarden Mark aufgerundet. Die für die Vereinfachung anzuwendende Schlüsselzahl ist vorerst der Goldumrechnungsfaktor für Reichsteuern (die Steuermark), und zwar gilt der jeweils Montags bis Freitags bekanntgegebene Umrechnungsfaktor immer für den ganzen folgenden Tag, der Umrechnungstag vom Sonnabend immer für die nächsten beiden Tage (Sonntag und Montag). Die jeweils geltende Umrechnungszahl wird an den Postämtern durch Aushang bekanntgegeben. Die Umstellung auf wertbeständige Grundgebühren gilt auch für die Briefsendungen nach dem Ausland, für nachzuergebende Beträge sowie für die Nebengebühren. Die letzteren sind im allgemeinen wieder auf die Vorkriegssätze gebracht, eine Reihe von Gebühren, darunter die Einschreibgebühr für Wertsendungen, die Einschreibgebühr bei Postaufträgen und Nachnahmen, die Gebühr für wiederholte Vorzeigen von Postaufträgen und Maßnahmen, die Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen, die Postausgabengebühr für die gewöhnliche Abholung usw., sind fallen gelassen worden. Bei den Briefen im Orts- und Fernverkehr sind die bisherigen vier Gewicht- und Gebührenstufen auf zwei (bis 20 Gramm und über 20 bis 500 Gramm) beschränkt, bei den Drucksachen und Warenproben werden die beiden ersten Stufen zu einer Stufe zusammengefaßt. Die Papiermarkbeträge bei Postanweisungen, Zahlkarten, Nachnahmen, Postaufträgen und Postretentionsbriefen müssen vom 1. Dezember an auf volle Milliarden lauten. Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Dezember an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Im Ortsverkehr kostet die Postkarte 3 und der Brief bis 20 Gramm 5, über 20 bis 500 Gramm 10 Rentenpfennige. Im

Fernverkehr kostet die Postkarte 4 und der Brief bis 20 Gramm 10, über 20 bis 500 Gramm 20 Rentenpfennige.

Drucksachen bis 50 Gramm 5, über 50 bis 100 Gramm 5, über 100 bis 250 Gramm 10, über 250 bis 500 Gramm 20, über 500 bis 1 Kilogramm 30 Rentenpfennige.

Für Pakete in der I. bis 3. Zone gelten folgende Tarife: bis 3 Kilogramm 30, 60 und 60, über 3 bis 5 Kilogramm 40, 80 und 80, über 5 bis 6 Kilogramm 45, 90 und 1,85, über 6 bis 7 Kilogramm 50, 100 und 150, über 7 bis 8 Kilogramm 55, 110, 165, über 8 bis 9 Kilogramm 60, 120, 180, über 9 bis 10 Kilogramm 65, 130 und 195 Rentenpfennige. Schwerere Pakete kosten entsprechend mehr.

Postanweisungen bis 25 Billionen (25 Rentenmark) 20, über 25 bis 50 Billionen (25 bis 50 Rm.) 40, über 50 bis 100 Billionen (50 bis 100 Rm.) 60, über 100 bis 250 Billionen (100 bis 250 Rm.) 80, über 250 bis 500 Billionen (250 bis 500 Rm.) 120, über 500 bis 750 Billionen (500 bis 750 Rm.) 140, und über 750 bis 1000 Billionen (750 bis 1000 Rm.) 200 Rentenpfennige. Für jede weiteren 250 Billionen oder 250 Rentenmark 40 Rentenpfennige mehr.

Die Rohrpostsendungen betragen das Doppelte, wenn der Aufgab- und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 36 und für die Rohrpostbriefe 40 Rentenpfennige. Liegt jedoch der Aufgab- oder Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühren von Groß-Berlin, so kostet die Rohrpostkarte 38 und der Rohrpostbrief 45 Pfennig.

Zahlkarten bis 25 Billionen 10, über 25 bis 50 Billionen 20, über 50 bis 100 Billionen 30, über 100 bis 250 Billionen 40, über 250 bis 500 Billionen 60, über 500 bis 700 Billionen 80, und über 750 bis 1000 Billionen 100 Rentenpfennige. Für jede weiteren 250 Billionen oder einen Teil davon 20 Rentenpfennige mehr.

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Dezember an für Postkarten 20, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 15 Rentenpfennige. Briefe bis 20 Gramm kosten 30 und jede weiteren 20 Gramm 15 Rentenpfennig, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei bis 20 Gramm 25 und für jede weiteren 20 Gramm 15 Rentenpfennig.

Unter weißer Decke.

Da die Luft seit einigen Tagen immer unklarer wurde, war es ganz klar, daß irgend etwas in der Luft lag. Klar war es aber durchaus nicht, was da herunter kam. Die einen prophezeiten auf Regen, andere schloffen auf Wolkenbrüche und wieder andere meinten sogar, angesichts der herabgegangenen Temperatur könnte es nur ein Wintergewitter werden. Dagegen stand die von Tag zu Tag mehr Anhänger gewinnende Meinung, daß Schnee in der Luft liege, der durchs und unter allen Umständen herunterkommen werde. Nach einigen Geplänkel entschlossen sich die himmlischen Mächte denn auch zu einem Generalangriff, der in der letzten Nacht für Groß-Berlin angelegt und durchgeführt wurde. Der Arbeitsmann, der schon um 5 Uhr und noch früher heraus muß, war erstaunt, in dieser sonst so dunklen Frühe einen hellen Schimmer in die Fenster bringen zu sehen! Draußen war alles weiß geworden. Die oben Mitternachts, die grauen Schöden, die schmutzigen Höfe, das ganze namentlose dunkle drohende Alltagsenergie war milde und fast zugebedt. Zwar in den Berliner Verkehrsstraßen gilt es schon wieder „Matsch“, aber draußen in den Vororten hält sich die himmlische Weisheit noch länger und hier und da konnte man sogar schon Worte hoffnungsvoller Sportler wie „Müggelberge“, „Kobeltahn“, „Eck“ hören. Weniger Freude empfinden aber die allen wackeligen Beute und bis am Gehen behinderten Kriegesbeschädigten, denn wenn nirgends gestreut wird, drohen ihnen schwere Stürze. Wie uns vom Weiserbureau mitgeteilt wird, rückt im Laufe des gestrigen Tages ein starker Tief von Frankreich nach Mitteleuropa hin. Es verursacht in Südrussland recht ergiebige Schneefälle, die im Alpengebiet in Regen übergehen. Die Schneefälle dehnten sich in der letzten Nacht bis an die Ober aus. Eine meßbare Schneedecke meldete heute morgen nur Kärnten. Die Schneefälle werden im Laufe des heutigen Tages nachlassen, da ein von Spitzbergen bis nach Südrussland sich erstreckender Hochdruckteil Einfluß auf unsere Witterung gewinnen wird.

Schneefälle überall.

Ganz Mitteleuropa wird kurzlich von Schneefällen heimgesucht. Aus Leipzig wird gemeldet: Nachdem in der vergangenen Nacht 5 Grad Kälte eingetreten war, kam es in den gestrigen Abendstunden zu einem anhaltenden Schneefall. — Auch aus Ungarn kam Budapest kommen ähnliche Meldungen. Ein seit Sonnabend früh anhaltender Schneefall hat im Telephonverkehr und in der elektrischen Stromlieferung große Störungen verursacht. Unter der Schneedecke sind viele Leitungsdrahtseile gerissen, so daß in zahlreichen Häusern die elektrische Beleuchtung versagte. Auch der Straßenbahnverkehr kann nur mit großen Schwierigkeiten aufrechterhalten werden. — Auch aus Thüringen und Süddeutschland liegen Meldungen über große Schneefälle vor.

Der Finanzdiktator mit dem Stern von Bethlehem.

Keinen Gedanken haben und den Lieberst in schlechtem Deutsch ausdrücken können, das macht den Redner, so dachte sicher Herr Geander, der im Weiserbureau in der Köthener Straße Deutschlands den Weg wies. Er hatte alle diejenigen, die an „sozialdemokratischem Völkern“ stehen, um ihr Erscheinen ersucht und empfahl sich ihnen teils persönlich und teils unbestimmt als Finanzdiktator. Klug behauptete er, daß den Volkswirtschaftlern nicht das ABC der Volkswirtschaft bekannt sei. Herr Geander hat aber auf seinem Gebiet eine blasse Ahnung, denn sein Vorschlag der Besteuerung der Börsengewinne ist schon lange eine abgelebte Lausache. Herr Geander selbst hat Papiere, er gibt zu, es sei eine Schande, wie er verdient habe, doch würde er gern etwas abgeben. Dann schwärmte er noch von München und dem Nationalsozialismus und erzählte, daß die Masse ihn nie verstehen werde. Über die Masse hat nur an eine Person zu glauben (Geander nämlich), unferns muß an etwas Unfassbares glauben. Wir leben — so sagte Geander — im gewaltigsten Jahrhundert, im Zeitalter der Sozialität, an den Zeiten des Endes aus physikalischen Gründen, und dabei ist im Mittelalter wenigstens noch der Stern von Bethlehem. Das Publikum wurde fuchtelstillschweigend, als es für ihn schweres Eintrittegeld zu verdröppelt wurde. Ein Geander-Anhänger schrie unwohlert „Juden heraus“. Die Zuhörer waren, gerade gesagt, den Redner raus. Und ein Hausangestellter riefte die Situation und drückte das Licht aus.

Schutz und Hilfe unseren Blinden.

Unter diesem Motto wurde im 5. Kreis (Friedrichshagen) eine Blindenkommission ins Leben gerufen; Damen und Herren aller Berufsstände pflegen zurzeit 45 Blinde, die entweder durch Krankheit blind geworden oder blind geboren sind. Eine segensreiche Tätigkeit wurde entfaltet. Aus Sammlungen wurden Lebensmittel herangebracht. Eine großartige Veranstaltung mit Unterstützung weiterer Kreise brachte einen großen Erfolg. Das vor der Tür stehende Weihnachtsfest erhebt den Kernsten gegenüber erhöhte Aufmerksamkeit, neue Quellen müssen gefunden werden, und nicht jeder Sehende hat bisher seine Pflicht erfüllt und dem Nichtsehenden geholfen. Eines jeden Aufgabe ist es hier, zu helfen, dem Grundgesetz getreu bleibend: „So menschenwürdig, wie ich leben will, soll es der Blinde auch.“ Unberührt der schweren Zeit muß die Blindenpflege organisiert und ausgebaut werden. Die Blindenpfleger der Friedrichshagen sind es.

die diesen Bed- und Hüferst ertönen lassen. Spenden, Lebensmittel und Kleidung möge man bei Herrn Weidenborn, Berlin D., Frankfurter Allee 318, Fabrikgebäude parterre, abgeben.

Unberechtigte Goldpreise.

Trotz aller Bemühungen der zuständigen Stellen, die im Groß- und Kleinhandel gegenwärtig festgesetzten Goldgrundpreise auf ein berechtigtes Maß zurückzuführen, machen sich allenthalben Bestrebungen geltend, die Goldpreise weiter heraufzusetzen. Begründet wird dieses Verlangen einmal mit der Behauptung, daß der künstlich niedriggehaltene Goldmarkstand in keinem Verhältnis zu der Bewertung der Mark im Ausland stehe; dann aber wird auch bei der Umrechnung des Papiergeldes in Goldmark von vornherein eine Risikoprämie eingelegt, die nicht als berechtigt anerkannt werden darf. Ein Beispiel für diese heraufsetzenden der Goldpreise bietet neuerdings die Wurstwarenindustrie. In den letzten Tagen haben die Thüringer Wurstfabriken dem Reichsbund durch Mundhöflichen bekanntgemacht, daß sie ihre Erzeugnisse auf einen Grundpreis von 6,50 Goldmark heraufsetzen müssen. Die Kügelwälder Wurstfabrikanten verlangen sogar 7,50 M. und die Braunschweiger Wurstindustrie fordert für ihre Wurst nicht weniger als 10 Goldmark pro Pfund. Dabei wird von einzelnen Fabrikanten trotz dieser Preise, die in gar keinem Verhältnis mehr zu der Realisation der Vorkriegszeit stehen, wertbeständiges Geld verlangt. Wenn man berechnet, daß zu den obengenannten Preisen noch die Verdienstsprünge des Kleinhandels, die Transportkosten usw. hinzugezogen werden, so ergibt sich, welche Preise der Berliner Handel fordern muß, um so mehr, als er die Berechtigung hat, bei Zahlung in Papiermark eine entsprechende Aufwertung vorzunehmen. Das Landespolizeiamt hat sich mit dieser Preisbildung der Wurstwarenindustrie bereits befaßt, und es dürfen hier, wie wir von zuverlässiger Seite hören, Maßnahmen durchgeführt werden, die im Interesse der Bevölkerung nur zu begrüßen sind.

Die Wucherpolizei Berlin hat durch praktische Besuche festgestellt, daß entgegen der bisherigen Realisation des Bäckergewerbes aus einem Sad Roggenmehl sich nicht 70, sondern 75½ bis 77 Brate herstellen lassen. Die Verkäufer der Berliner Bäder sind deshalb heute vor die Wucherpolizei geladen worden, wo ihnen eröffnet werden wird, daß in Zukunft der Preis für das Graubrot um 3 Goldpfennig gesenkt werden muß. Bei dem Weißbrot liegen die Verhältnisse etwas anders, doch dürften auch hier Preisreduzierungen durchgeführt werden.

Der Frauenmord im Osten.

Das Paket mit Knüttel im Weisbach.

Zu dem grauenhaften Frauenmord, der den ganzen Osten in Erregung hält, ist bisher durch die Behörden folgendes ermittelt worden: Zwischen dem Mörder und seinem Opfer muß ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Mit einer Zuckerschur hat der Mörder der Frau die Hände gefesselt. Wahrscheinlich weiß er den Unbill der Reihe nicht ertragen konnte, schob er sie weit unter das Bett und warf noch Dappeln und andere Sachen darauf. Dort konnte er sich in aller Ruhe daran machen, die Beinhälften zu durchlöchern. Was alles geraubt ist, müssen die Kinder im einzelnen nach feststellen. Außer Bett und Leibwäsche fehlen eine silberne Armbanduhr und eine silberne Herrenuhr. Die Frau war in der Gegend ziemlich bekannt. Wer sie noch um 1/2 Uhr gesehen hat, wird dringend ersucht, sich sofort bei der Nordkommission zu melden. Vermutlich ist aber das Verbrechen nach dem 1/2 Uhr ausgeführt worden. Der Mörder muß spätestens bis 3 Uhr die Wohnung und das Haus mit seiner Beute verlassen haben. Diese wird er nach den bisherigen Feststellungen in einen Militärmotocach eingewickelt und mit einem dicken Bindfaden verschürt haben. Er muß an dem großen Paket ziemlich schwer zu tragen gehabt haben. Wer hat zwischen 11 und 3 Uhr einen Mann mit einem derartigen Paket das Haus verlassen sehen oder vielleicht auch später anderswo beobachtet? Auf die Ermittlung des Verbrechens wird von der Kriminalpolizei eine hohe wertbeständige Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind unerlässlich an die Nordkommission Bernburg-Abrecht im Zimmer 20 des Polizeipräsidiums, Hausnummer 433 und 501, zu richten.

Kleine Bänderungen am Montag. Auch am gestrigen Montag kam es in verschiedenen Stadtteilen zu gelegentlichen Bänderungen. In einem Kleidergeschäft in der Pajewskier Straße wurden zwei Herrenanzüge aus dem Schaufenster, und in einem Schuhwarengeschäft in der Dandelmännstraße in Charlottenburg zwölf Paar Schuhe entwendet. In einer Bäckerei in der Berliner Straße in Neutölln stehen sich 20 Erwerbslose auf Grund ihrer Karte Brot geben.

Der Volkshund Deutsche Kriegsgrabenräuber veranstaltete am Sonntag mittag in der Staatsoper eine sehr würdige und ergreifende Gedächtnisfeier zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen, in der Pfarrer Siemo die Gedächtnisrede hielt und die Lebenden ermahnte, über die gewiß harten und grauamen Sorgen des Tages nicht der vielen Hunderttausende von Kriegsergriffenen zu vergessen, die außerhalb der Reichsgrenzen liegen und deren Pflege und Erhaltung sich der Volkshund besonders angelegen sein lasse. Der Kolonialklub Bläserbund unter Leitung von Professor Th. Gramer und der Erste Männergesangsverein unter Leitung von Professor Max Sänge nahmen mit prächtigen, mächtig wirkenden Chören die Rede ein, gaben ihr bedeutungsvollen Aufschwung und geleiteten sie mit einmütigen Schreien zu ergreifendem Ende.

Gewerkschaftsbewegung

„Goldlöhne“.

Bei der Umstellung von der Entlohnung in Papiermark auf sogenanntes werbeständige Zahlungsmittel, deren Wertbeständigkeit aber erst sich noch erweisen muß, bemühen sich die Unternehmer, die auf ein unerträgliches Maß herabgedrückten Löhne der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzudrücken. Das wird auf verschiedene Art und mit allerlei Argumenten zu verteidigen versucht. Das Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, das wir im „Vorwärts“ veröffentlicht haben, enthält das wesentliche Material darüber. Es ist aber nützlich, die Argumente der Unternehmer unter die kritische Lupe zu nehmen.

Zunächst eine Feststellung: Die Regierung Stresemann stand in dieser Frage — und in dieser nicht allein — vollständig unter dem Kommando der Unternehmer. Wir haben hier wiederholt die Notwendigkeit aufgezeigt, bei der Umstellung auf Goldrechnung die Lebenshaltungskosten, wie sie sich seit 1914 entwickelt haben, zur Grundlage zu nehmen. Dieser Vorschlag entspringt zwei Erwägungen:

1. Weil infolge der Entwertung der Mark eine Preis-anarchie eintritt, die jeden Vergleich mit den Löhnen von 1914 unmöglich macht, wenn nicht auch die Veränderungen in den Warenpreisen berücksichtigt werden.

Das ist eigentlich selbstverständlich. Es wird keinem Unternehmer einfallen, seine Waren zum Nominalgoldpreis von 1914 zu verkaufen. Er wird immer die Gestehtungskosten in Gold zur Lieferungszeit berechnen. Dasselbe machen auch die öffentlichen Betriebe. So ist es aber nicht allein in Deutschland. In der ganzen Welt ist eine Verschiebung der Preise sowie der Löhne eingetreten.

2. Wegen die Unternehmer bezüglich des Sinkens des Goldpreises auf dem Weltmarkt geltend, daß der deutsche Arbeitnehmer infolge der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen heute erheblich weniger Miete zahlt als 1914, soweit bei der Bezahlung der Löhne dieses Minus berücksichtigt werden muß. Nun ist zwar nicht einzusehen, mit welchem Recht die Unternehmer eine Verbilligung der Mieten, von denen sie ebenso wie die Arbeitnehmer profitieren, heranziehen können, um daraus eine Kürzung des Lohnes und eine Erhöhung des Unternehmergewinnes zu beanspruchen; da die Unternehmer jedoch auf die ungünstigeren Abfahrgeschäfte im Ausland für deutsche Produkte hinweisen und diese nicht etwa durch eine Steigerung der Produktivität und eine Kürzung des Unternehmergewinnes auszugleichen suchen, sondern einfach und roh die Löhne beschneiden wollen, ohne die anderen billigeren Gestehtungskosten (Fracht- und Posttarife usw.) zu berücksichtigen, halten wir es für praktisch, diese wirkliche oder angebliche Verbilligung faktisch festzustellen.

Nun weigerte sich bisher das Reichsstatistische Amt unter Anleitung von Dr. Brauns, die Lebenshaltungskosten in Goldmark zu berechnen. Man muß also den Umweg über die Umrechnung in Papiermark machen. Danach betrug z. B. bei der letzten Feststellung der Lebenshaltungskosten die Steigerung in Goldmark rund 40 Prozent. Berücksichtigt man, daß auf dem Weltmarkt die Preissteigerung über 60 Proz. beträgt, daß andererseits die Verbilligung durch den Mieterschutz (der übrigens keine deutsche Spezialität ist) etwa zehn Prozent beträgt, dann dürfte diese Umrechnung aus der Papiermark auf Grund des Dollarkurses nicht unwesentlich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Das ergibt sich aber zum guten Teil aus der Tatsache, daß die deutsche amtliche Statistik sich aufbauend auf einem Lebenshaltungskostenerfaß, während die Preissteigerung sich mit Erfolgsmitteln nicht meistern läßt.

Die unehrlich, bewußt unehrlich die Argumente der Unternehmer sind, geht aus ihren eigenen Äußerungen hervor. So schreibt der Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Dr. Reisinger in der Nr. 22 des offiziellen Organs dieser Vereinigung, dem „Arbeitgeber“, nachdem er sich gegen die Forderung, die Löhne auf Grund der tatsächlichen Lebenshaltungskosten in Gold zu berechnen und zu zahlen, gewandt hat: „Auch die Forderung der Gewerkschaften nach sofortiger Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindex auf Gold verdient Beachtung. Es bleibt nur zu hoffen, daß die verantwortlichen Reichsbehörden sich der Tragweite einer neuerlichen Unterwerfung der Festmark- und Rentenmarktarife unter den Lebenshaltungsindex voll bewußt sind.“

Herr Dr. Brauns wußte, was er der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände schuldig ist. Dieser Arbeitgeberminister hat es verstanden, die Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten in Gold bisher zu verhindern. Nun kann nur eine von zwei einander direkt widersprechenden Behauptungen richtig sein: Entweder sind die Lebenshaltungskosten hinter den von 1914 zurückgeblieben, und deren Veröffentlichung in Gold müßte eine Forderung der Unternehmer sein. Oder sie sind darüber hinausgegangen und die Behauptung der Unternehmer, der Deutsche lebe heute billiger als 1914, ist ein aufgesetzter Schwindel; was sie auch selbst wissen und weshalb sie sich der Veröffentlichung in Gold widersetzen. Aus diesen Tatsachen, des Sinkens des Goldpreises und der daraus bedingten allgemeinen Steigerung der Waren und Löhne auf dem Weltmarkt, die an den Grenzen Deutschlands nicht halt gemacht hat, ergibt sich notwendig die Lohnhöhe in Gold. Darüber wird noch einiges zu sagen sein.

Wie man geistige Arbeiter behandelt.

Woh niemals ist der Ausspruch von Karl Marx, daß das Kapital auch den geistigen Arbeiter zu seinem Lohnsklaven macht, so drastisch in Erscheinung getreten, wie in der Nachkriegszeit der Neurichten, Spekulanten und Schieber, die sich frei fühlen von jeder Tradition und die in dem größten Gemühen ihr geistiges Oberhaupt sieht. Das tritt besonders deutlich in dem verendeten Deutschland zutage, in dem der Mittelstand niedergedrückt wird und die großen Verbrauchermassen gezwungen werden, auch ihren geistigen Schmachtrien immer enger zu schließen.

Die geistigen Arbeiter gehen dabei ein und zugrunde. Zeitungen werden gekauft wie altes Eisen oder Lumpen, und mit ihnen kauft man die Redakteure und Mitarbeiter, die dann nach schlechter Behandlung werden als Handarbeiter, die einen Schutz in ihren gewerkschaftlichen Organisationen haben. Auch die Redakteure der bürgerlichen Zeitungen mußten also den Weg der Tarifverhandlungen beschreiten.

Die großen Verlage sind bei den Gehaltsverhandlungen mit den Redakteuren durch die gleichen juristischen Berater vertreten wie bei den Gehaltsverhandlungen mit den kaufmännischen Angestellten und den Lohnverhandlungen des technischen Personals. Es bildete sich so eine gewisse schematische Verhandlungspraxis heraus, die den Redakteuren nicht gerade zum Vorteil gereicht. Dennoch suchen die Verlagsvertreter sich neuerdings der Unbequemlichkeit und schlechtem Rufes von Peinlichkeit der Verhandlungen mit den Redakteuren zu entledigen. Mit den Organisationsvertretern der Arbeiter und Angestellten müssen sie wohl oder übel verhandeln; mit der beruflichen Vertretung der Redakteure aber glauben sie Verhandlungen über tarifliche Festlegung der Gehälter nicht mehr notwendig zu haben. Den Redakteuren müssen sie vielmehr haustarife aufzoteln, in der selbstsicheren Gewissheit, daß die Redakteure sich der einseitigen Bemessung ihrer Gehälter nicht gut erwehren können.

Die Verwerfung der kollektiven Vereinbarung, des Tarifvertrages überhaupt, das Zurückgehen auf haustarife, bedeutet einen vollständigen Frontwechsel. Der „Herr-im-Haus“-Standpunkt soll wieder dominieren. Das Haus Scherl hat die Führung übernommen, der das Rolfe-Haus folgt.

Dabei dreht es sich natürlich nicht etwa oder doch nicht nur um eine Preistfrage, sondern um rein kapitalistische Interessen. Die höherstehenden Redakteure sollen für den haustarif eingekauft werden unter der Vorpiegelung, die tarifliche Begrenzung der Gehälter nach unten habe bisher das Ausmaß noch oben behindert; der „Ballast“ der Tarifgehälter hemme den Gehaltsaufstieg nach oben. Nichts ist daran nur, daß auch die früheren höheren Gehälter im Laufe der letzten Zeit und unter dem Einfluß der Papiergeldentwertung nivelliert wurden. Sie sollen jetzt ein wenig erhöht werden, und zwar auf Kosten der niedrigsten Gehälter, die dafür in den haustarifen noch mehr herabgedrückt werden.

Die strategische Linie der Verlegerinhalte ist in dieser Richtung bereits festgelegt und in den nächsten Tagen fällt die Entscheidung des Arbeitgeberverbandes für das Zeitungsgewerbe. Die Deffenlichkeit hat ein Recht darauf, seine Stellungnahme in der Frage des Tarifvertrages kennenzulernen, um sie gebührend zu würdigen.

Die Herren im Hause.

Die Unternehmer pflegen über die schwindende Staatsautorität zu jammern, meinen dabei aber den alten Herrschaft. Wie sie selbst dazu stehen, dafür spricht deutlich folgendes Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Halle des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau, das uns von unserem Korrespondenten in Halle zugefandt wird. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Unterverband Halle des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau.
Rundschreiben Nr. 201 Hl.

Halle a. S., den 15. November 1923.

Betr.: Schiedspruch über die Beendigung des Streiks.

An alle Mitglieder!

Im Auftrage des Herrn Vorsitzenden teilen wir Ihnen folgendes mit:

1. Der am 31. Oktober d. J. unter Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Tiburtius gefällte Schiedspruch über die Beendigung des Streiks ist für verbindlich erklärt worden.

2. Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat beschlossen, den Schiedspruch sowohl als auch die Verbindlichkeitsklärung als nicht gesehen anzusehen. Er hat ferner im Einverständnis mit der Gewerkschaft Bruders-Rietleben eine Festsetzung der Bergarbeiterlöhne gegen den Bergarbeiterverband erhoben, daß festgestellt werden soll, ob der Bergarbeiterverband berechtigt ist, aus dem Schiedspruch gegen die Gewerkschaft Bruders-Rietleben Rechte herzuleiten.

3. Die Mitglieder werden ersucht, wenn sie von Behörden oder von den auf Grund des Schiedspruches eingeleiteten Schlichtungsstellen angezogen werden, auf die Festsetzungen und das laufende Gerichtsverfahren zu verweisen und das Schlichtungsverfahren abzulehnen.

4. Die mit der Durchführung beauftragten Behörden und Schlichtungsstellen dürfen in keiner Weise unterstützt werden. Arbeitgeberbestyr dürfen nicht gestellt werden. Auskünfte nicht erteilt werden. Das Beitreten der Werke zur Ermittlung etwaiger Fragen muß den Schlichtungsstellen verboten werden, eventuell muß Anzeige wegen Hausfriedensbruch erhoben werden. Eine Ausnahme hiervon kann nur hinsichtlich der Bergarbeiterbestyr gemacht werden, soweit sie für die Rentiere zuständig sind, sowie für Mitglieder des Oberbergamts, soweit sie für die betreffende Grube zuständig sind.

Die Geschäftsführung, gez. Hummel.

Wir glauben, daß ein Kommentar zu diesem Rundschreiben ganz überflüssig ist. Wir wollen nur bemerken, daß diese Bergbauarbeiter, die gegen einen Schiedspruch, der den Arbeitern übrigens ganz unzulängliche Löhne zusprach, die offene Revolte organisierten, sich in ungeheurer Weise bereichert haben. Sie haben es verstanden, fast alle Kohlenvorkommen aufzukaufen, während sie gleichzeitig den Arbeitern Löhne zahlten, die die Arbeitstrost unterhöhlten.

Goldlöhne für die Staatsarbeiter.

In einer am 25. d. M. einberufenen Betriebsversammlung der Arbeiter der staatlichen Münze wurde u. a. auch zu dem vorliegenden Ergebnis der Verhandlungen, die mit der Regierung geführt wurden zur Einführung der Goldlöhne für die Staatsarbeiter, Stellung genommen. Die eingehende Schüberung, welche von Rai als Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gegeben wurde, löste allgemeinen Unwillen aus. Wenn oder bei der Regierung die Auffassung vertreten sein sollte, daß eine derartige Verlesung das beste Mittel wäre, um den gewerkschaftlichen Gehalten bei den Staatsarbeitern zu zerklüften, so dürfte die nachstehende, einstimmig angenommene Entschließung diese Hoffnung zunichte machen. Die Entschließung lautet:

Die Arbeiter der Staatsmünze nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem letzten Angebot der Regierung bei den Verhandlungen über

die Einführung der Goldlöhne. Zu einer Zeit, in der noch der größte Luxus sichtbar wird, ist es geradezu unerträglich, daß die Regierung versucht, den Reichshaushalt dadurch ins Gleichgewicht zu bringen, indem sie den wirtschaftlich Schwachen völlig unzureichende Löhne zahlt. Die Belegschaft der Münze protestiert mit aller Entschiedenheit gegen derartige Maßnahmen und gelobt mit unerschütterlicher Treue diejenige gewerkschaftliche Grundlage zu schaffen, die es möglich macht, den arbeitserfindlichen Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund zum IGB.

In dem Bericht über den im Oktober in Portland abgehaltenen Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde auch das Verhältnis zum IGB. berührt. Wir können nun mitteilen, daß sich auch der Kongreß selbst mit dieser Frage befaßt und eine Empfehlung angenommen hat, die in der Hauptsache folgendes sagt: „Wir empfehlen, daß die Exekutive ermächtigt wird, die Verhandlungen in der Hoffnung fortzusetzen, daß es doch noch gelingen werde, den Anschluß an die organisierten Arbeiter der alten Welt herbeizuführen. Wir sind ersucht, die Wiederaufnahme früherer Beziehungen herzustellen, sobald es geschehen kann, ohne daß dabei Prinzipien verletzt oder gespart werden müssen, welche die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als untastbar betrachtet.“

Wir empfehlen der Exekutive, ihre Anstrengungen fortzusetzen und dahin zu wirken, daß der IGB. sobald als möglich die Hindernisse aus dem Wege räumt, die bis jetzt den Anschluß an den IGB. verhindert haben und ihn zurzeit noch verhindern.“

Bekanntlich hat der amerikanische Gewerkschaftsbund die Verbindung mit der Umsterdamer Gewerkschaftsinternationale gelöst, weil ihm dessen Politik als zu radikal erschien. Waren die kommunistischen Darstellungen über die Politik des IGB. auch nur zu einem geringen Teil zutreffend, dann wäre sie derart reformistisch, daß auch Samuel Gompers sie darin nicht übertreffen könnte.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenbearbeitende Branchenversammlung am Mittwoch, 5 Uhr bei Riems Hofenstraße. Tagesordnung: Organisations- und Branchenanangelegenheiten. Zutritt nur für bezeichnungsberechtigte Mitglieder des Verbandes. Mitgliedschaft legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Wächung, IGBD-Musik-Instrumentenarbeiter. Die am Mittwoch abend 8 Uhr bei Riems Hofenstraße, stattfindende Branchenversammlung muß von allen Parteigenossen besucht werden. Keiner darf fehlen! Der Großmünzverein.

Arbeiter Sport.

Spaltung des W. „Die Naturfreunde“?

Eine in jeder Hinsicht vorbildlich arbeitende Organisation der Arbeiterschaft, in der Mitglieder aller Arbeiterparteien bisher gemeinsam arbeiteten, droht nunmehr ebenfalls der Spaltungswut der Kommunisten zum Opfer zu fallen. Am kommenden Mittwoch, den 28. November, findet eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe der „Naturfreunde“ statt, die sich über den Anschluß an die von der KPD. aus engem Parteinteresse heraus gegründete Jugendkapelle entscheiden soll. Der Laurenverein „Die Naturfreunde“ soll durch diesen Anschluß ein Anhängsel der KPD. werden, denn nach den Ausführungen des Vertreters der Kommunistischen Zentrale in der Delegiertenversammlung des Arbeitersportvereins Berlin unterziehen diese Jugendkapellen der Kontrolle der KPD., arbeiten lediglich nach deren Richtlinien und haben nur politische (sies parteipolitische) Aufgaben zu erfüllen. Sollten sich die „Naturfreunde“ für die Jugendkapelle entscheiden, wäre ein Beschluß gefaßt, der gegen das organisatorische Statut verstößt. Dann wäre die Organisation für alle Reichskommunisten nicht mehr tragfähig. Es wiederholt sich daselbst Spiel wie im Arbeiter-Wanderbund, der der Spaltungswut der KPD. bereits zum Opfer gefallen ist. Bedauerlich ist, daß auch ein Teil unserer Genossen dieses Spiel aus der Münzstraße nicht durchschaut hat. Die letzte Nummer des „Fahrtgenossen“ wird jedoch den Genossen beweisen, wohin die Fahrt geht, denn der Bedauerlich, gepicht mit Phrasen und Unklarheiten, greift in unablässiger und demagogischer Weise unsere Partei an. Mit dem Sekretär Palm zu diskutieren, erübrigt sich für uns, denn man würde dadurch seinen reichlich dummdreihigen Ausführungen zuviel Wert beilegen. Wie dem auch sei, die Generalversammlung wird darüber zu entscheiden haben, ob die „Naturfreunde“ eine selbständige Organisation bleiben oder ein Anhängsel der KPD. werden solle. Pflicht unserer Genossen ist es, pünktlich zur Generalversammlung zu erscheinen, um dem kommunistischen Spieß ein Ende zu bereiten und dafür einzutreten, die Organisation als eine Kulturorganisation der Arbeiterschaft zu erhalten — Naturfreunde, auf zur Generalversammlung am Mittwoch, den 28. November, pünktlich abends 7 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 16 (nicht 15).

Sport.

Der Ringer-Wettkampf im Volkshaus-Theater um den Großen Preis von Berlin nahm am Sonntag seinen recht interessanten Fortgang. Hubertan • Finnland und Billing • Berlin konnten in ihrem letzten Kampf kein Resultat herbeiführen. Der Russe Romanoff war Siegreich II • Norddeutschland nach 15 Minuten. Radonald • Schottland brachte Vittmann • Berlin nach 18 Minuten durch Armzug aus dem Stand auf beide Schultern. — Sonntag: Urban • Polen machte Hubertan • Finnland den Sieg überlassen. Ringzeit 18 Minuten. Romanoff • Russland und Udermann • Magdeburg mußten sich nach 25 Minuten schmerzhaften Kämpfen trennen. Urban • Billian • Udermann • Magdeburg auf Sedhardt • Rentfeln durch Armzug. Ringzeit 17 Minuten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abt. Schöneberg. Mittwoch, 28. d. M., 8 Uhr: Mitgliederversammlung Schulstra. Hauptstr. 37. Tagesordnung: Besondere Sitzung über: „Die politische Lage“.

Bestandteil für Politik: Graf Weste; Wirtschaft: Urban Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revision: Dr. John Schilowski; Polizei und Gendarmen: Fritz Karpf; Wahlen: H. Gled; Jämlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin O. B., Lindenstraße 2.

Milliarden sparen Sie bei BRICH SCHULZ Neukölln, Kalk-Friedrich-Str. 120 an der Weichselstr. Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Trikots, Kinderwäcker, Wolfwaren, Damen-Schleppler, Wolle, Nährfarb.

BÜCHER GESUCHT Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.

VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT W. 18, Sächelsche Str. 7 — Pilsberg 9146

Große preiswerte Lagerposten! Herrenmäntel • Oberhemden Schuhwaren • Socken Ludwig Simon A.-G. Mitteleuropäische Bekleidungsartikel Berlin SW 48, Friedrichstr. 10 — Dönhoff 5720 Lagerbesuch unbedingt lohnend!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten Zahngebisse rablt unüberbleibare Preise Richard Felske, 67 Grosse Frankfurter Straße 67 Marken-Zigaretten von 15 ct. Korb-u. Rohr-möbel Eig. Fabrik, stets hervorragend, Gr. Auswahl, billige Preise. Edm. v. d. H. Neukölln, Berlin Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264 Reparatur sämtl. Korbbaren

Flotow, Betriebsrätegesetz! 13. Auflage — 126—130000 Der unentbehrlichste in der Praxis! Lauf Fachstil der beste Kommentar! Geb. 6,- brosch. 4,- x Schließzähl! Buchhandlung Vorwärts / Lindenstr. 2